

# **Gemeinsam gegen die Sozialkahl Schlagpolitik der Bundesregierung Widerstand 2003 - gegen Agenda 2010, Gesundheits-„Reform“, Hartz-Gesetze & Co**

Wir sind das **Berliner Bündnis für soziale Grundrechte - stoppt die Hartz- Pläne.**

Im Oktober letzten Jahres haben wir uns gegründet, weil wir das Hartz- Konzept und alle ähnlichen Konzepte ablehnen, und um dieser sogenannten Arbeitsmarkt- und Sozialreform solidarisch entgegentreten zu können. Seit dem haben wir verschiedene Veranstaltungen, Seminare, Aktionen und zwei Demonstrationen organisiert.

## **1. Die rot-grüne „Rentenreform“**

*Reichtumsvermehrung für das Kapital - Altersarmut für viele.*

Die vorgebliche Notwendigkeit einer Reform der Rente wurde von der Ministerkonferenz der EU beschlossen... Dies diente zur Vereinheitlichung mit der WTO (Welthandelsorganisation) und den Direktiven der GATS. Die Rentenreform steht ganz in den politischen Maßnahmen die der Liberalisierung, zugunsten der Profitabilität dienen. Die Eckpunkte dieses Reformwerkes sind die Erhöhung der Lebensarbeitszeit, die Privatisierung der Altersvorsorge und die Kürzung des Beitragssatzes und somit die Kürzung der staatlichen Rente. Gegen diese Maßnahme einer weiteren Verschlechterung der Altersvorsorge gab es in vielen Staaten der EU massenhaften Protest.

In Italien und Spanien gingen Millionen auf die Strasse; in Österreich und Frankreich kam es zum Generalstreik. Allerdings war von der Parole: „Riester heißt er, uns beschießt er. Schluss mit dem Rentenklau“ hierzulande nichts zu hören. Das entscheidend neue der Riester-Rente, im Vergleich zu allen anderen Maßnahmen der Rentenanpassung seit 1975, ist die Aufkündigung des paritätischen Systems. Damit soll die Arbeitgeberseite, zu Lasten der Lohnabhängigen entlastet werden. Das Rentenniveau liegt bei derzeitiger Planung bei 42,5 % im Jahr 2020, das allerdings bei 45 Lohnarbeitsjahren, ansonsten gibt es drastische Einbussen. Ein Durchschnittsverdiener muss 37 Jahre lang Beiträge zahlen um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erhalten.

Aktuelle Vorschläge der Rürup Kommission:

- > Ab 2011 Steigerung Rentenalter jährlich um einen Monat
- > Erster betroffener Jahrgang: 1946
- > Erster Jahrgang Rente 67: 1968
- > Nachhaltigkeitsfaktor: Rentenanpassung 0,5 % pro Jahr geringer
- > Vorverrentung mit 0,3 % Abschlag pro Monat möglich
- > Rentenerhöhung 2004 verschieben auf 2005
- > Minderheitenvotum Gewerkschaftsvertreter:
  - Härteklausel für Verschleißberufe
  - Abschlagsfreie Rente ab 44 Versicherungsjahren

Die Riester-Rente sieht zum Ausgleich die Förderung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge vor, bis zu 4% des Bruttolohns können in dafür extra geschaffenen Rentenfonds angelegt, bzw. bei höheren Einkommen steuerfrei abgesetzt werden. Das führt nicht nur zu Steuerausfällen und somit leeren Kassen, sondern subventioniert das Finanzkapital. So heißt es denn auch von Regierungsseite eindeutig, das mit diesem Förderungsprogramm „(...) werden Unternehmen ein Angebot gemacht, ihre Bilanzen und damit ihre Stellung auf den internationalen Kapitalmärkten zu verbessern“ (Sozialbericht 2001).

Für die Einzahler gibt es keinerlei Garantie, sie tragen allein das Risiko. Die Bundesregierung hatte sich nicht über eine garantierte Höhe, noch künftiger Rendite des Rentenanspruchs gegenüber den Rentenfonds durchsetzen können.

Angesichts der Börsencrashes der letzten Jahre und der historischen Erfahrung der Weimarer Republik wo dieses kapitalgedeckte Rentensystem durch Inflation und Krieg aufgefrissen wurde lässt sich die Zukunft mehr als düster ausnehmen. Für das untere Drittel, das sich nach dem statistischen Bundesamt keine private Altersvorsorge leisten kann, heißt Rente sowieso Armut Auf diesem System auf dem die Rente beruht kann es nur ein Fiasko geben. Heute sind die Berechnungsgrundlagen der Riester-Rente von 2001 schon Makulatur. Dafür gibt es jetzt die Rürup- Kommission, dessen Vorschläge nach höheren Abschlägen der Rente und eines Renteneintritts mit 67 Jahren einfach abstrus sind. Schon heute beträgt der Anteil der über 55 jährigen, die noch in Lohnarbeit sind gerade mal 45%. Letztendlich läuft die staatliche Rente auf Sozialhilfe hinaus.

### **Wir fordern ein grundsätzlich anderes Rentensystem.**

Die ersten Schritte dafür müssen sein:

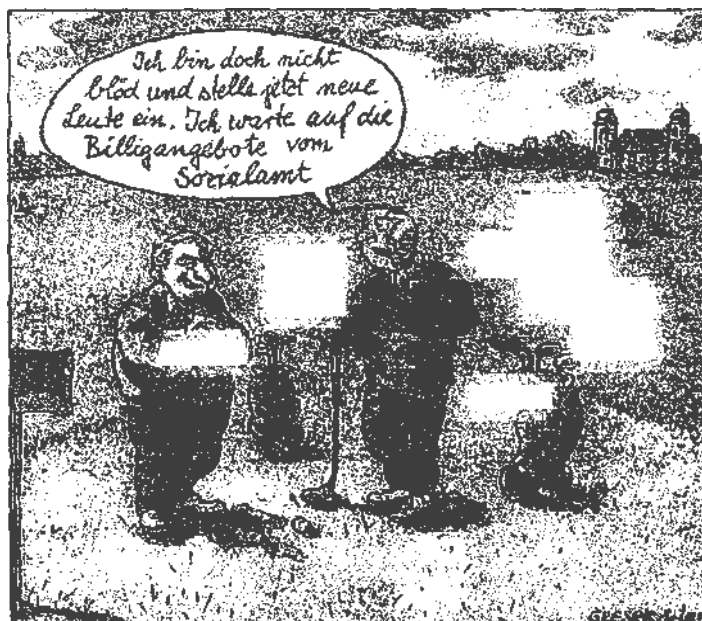
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen: Alle müssen einzahlen!
  - Die Unternehmer müssen höher veranlagt werden Bruttowertschöpfung
  - Progressive Besteuerung von Reichtum und Kapital
  - Keine Spekulation mit der Rente!
  - Verstaatlichung aller Versicherungsträger und ihre Kontrolle durch die Lohnabhängigen!
- Für eine solidarische umlagefinanzierte Rente!

## **2. Leiharbeit und PS A**

*Lohnraub wird gesetzlich sanktioniert*

Das Herzstück der Hartz- Gesetze sind die Ausdehnung von Leiharbeit und die PSA' en. PSA heißt Personal Service Agentur. Laut Hartz- Gesetz muss die Bundesanstalt für Arbeit bis Mitte 2003 in jedem Arbeitsamtsbezirk eine PSA eingerichtet haben, an diesen PSA'en sind vor allem private Leiharbeitsfirmen beteiligt. Die Aufgabe dieser PSA' en ist insbesondere, Arbeitslose auszuleihen oder an Leiharbeitsfirmen zu vermitteln, sowie in verleihsfreien Zeiten zu qualifizieren und weiterzubilden.

Dies bedeutet dass jeder, der vom Arbeitsamt als vermittelbar eingeschätzt wird in eine PSA gewiesen und Von dort als Leiharbeiter an eine x-beliebige Firma verliehen wird. Also ein Job ohne soziale Absicherung und mit einem Lohn, der weit unter dem "Normaltarif hegt. Man kann dies auch staatlich organisierte Leiharbeit nennen!



### **Denkbar ist folgendes:**

Anja Schmidt z.B., 25 Jahre. Fleischverkäuferin, 1000 Euro Nettolohn, wird zum 31. Juli von ihrem Kaufhaus entlassen. Sie muss sich am Tage, an dem sie die Kündigung bekommen hat, beim Arbeitsamt arbeitslos melden. Meldet sie sich erst später, muss sie nach den Hartz-Gesetzen mit einer Kürzung ihres Geldes rechnen.

*Anja Schmidt erhält ein Arbeitslosengeld von 610 Euro. Das Arbeitsamt (jetzt Job-Center) steckt sie nach einem Monat in eine Leiharbeitsfirma, umgetauft in PSA (Personal Service Agentur). Die PSA wird von Randstad betrieben. Die PSA verleiht sie sofort zurück an ihr Kaufhaus. Das ist jetzt erlaubt. Sechs Wochen muss sie zur Probe für ihr Arbeitslosengeld arbeiten. Danach macht sie ihre alte Arbeit für 800 Euro, also 20% weniger. Diesen Tarif hat ver.di mit Randstad vereinbart. Da ihre Warmmiete 400 Euro beträgt, bleibt ihr zum Leben noch 400 Euro monatlich. Anja Schmidt ist empört, doch das Job-Center droht ihr mit 12 Wochen Sperrzeit, -wenn sie die Leiharbeit nicht annimmt.*

Dies ist auch eine Bedrohung der noch bestehenden Arbeitsplätze. In einigen Betrieben hat schon der vermehrte Einsatz von Leihkräften begonnen. Die Stammebelegschaft wird reduziert, dafür werden billige Leihkräfte eingestellt. Wo das hinführen soll, ist klar: billige vollkommen "flexible" und rechtlose Arbeitskräfte.

### **Ein ganz aktuelles Beispiel:**

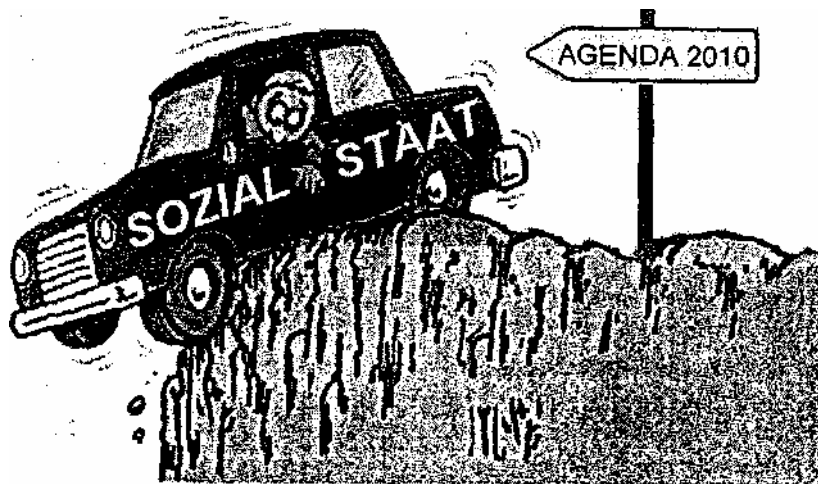
*bei einer Nacht- und Nebelaktion bei den Firmen Alba Berlin und Alba Recycling sind 90 Beschäftigte entlassen worden. Die Alba-Betriebe wollen die Beschäftigten zu Dumpinglöhnen in eine firmeneigene Leiharbeitsfirma abdrängen. Das soll mit Lohnneinbußen von bis zu 50 Prozent verbunden sein. Die Arbeiter sollen nur noch 20 Tage Urlaub erhalten, weniger als gesetzlich vorgeschrieben. Eine Sortierkraft soll für 3,50 Euro die Stunde arbeiten, die Kraftfahrer für 1.400 Euro brutto im Monat.*

Inzwischen wollen Arbeitgeber ( BDA) und die Zeitarbeitsbranche über einen Kurswechsel bei den PSAen oder gar deren Abschaffung beraten.

Der Vorwurf an die teils privaten PSA-Betreiber: Sie nutzten das Honorar vom Arbeitsamt, um die Lohnkosten ihrer zuvor arbeitslosen Leiharbeiter herabzubesubventionieren, statt diese zu qualifizieren. So entsteht mit Beitragsgeldern der Arbeitslosenversicherung ein Dumpingwettbewerb. Zeitarbeitsfirmen wissen von Bürokaufleuten, die Entleiherbetrieben zu Stundensätzen unter vier Euro überlassen werden. Ein PSA-Betreiber erhält je Leiharbeiter durchschnittlich 1000 Euro im Monat, zudem wird ein Erfolgshonorar gezahlt, wenn die Vermittlung in den festen Job gelingt.

Bislang arbeiten die PSA 'en allerdings nur mit mäßigem Erfolg; Die Zahl der Vermittlungserfolge lag zwei Monate nach dem Start der PSA noch unter 50. "Das ganze Konzept funktioniert so nicht", findet Jürgen Uhlemann, Vertreter des Branchenverbands der Zeitarbeitsfirmen BZA. Eine völlige Abschaffung der PSA wäre für ihn "ein logischer Schritt".

## **... ein kleiner Blick in die Zukunft:**



### **3. Kündigungsschutz**

*Demokratieabbau scheinchenweise - Rechte der Beschäftigten werden ausgehöhlt*

Der Kündigungsschutz wird bereits heute ausgehebelt indem Neueinstellungen fast ausschließlich befristete Arbeitsplätze sind. Da muss dann nicht gekündigt werden, der Vertrag läuft einfach aus, oder aber wird, natürlich wieder zeitlich befristet, verlängert. Der Druck auf diese Kollegen ist natürlich enorm. Die Erwartung evtl. nach der befristeten Zeit, einen Festvertrag zu bekommen, ist schon sehr groß., und wird von Unternehmerseite auch stets geschürt. Und da heißt es dann für diese Kollegen: nur nicht krank werden.... hoffentlich werden meine Kinder nicht krank.....und immer schön die Schnauze halten..... Aber das nutzt natürlich auch nichts, Festeinstellungen werden meist nicht mehr vorgenommen.

#### **Wie sieht es in den Betrieben aus?**

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz dürfen Leiharbeiter nach 3 Monaten an Betriebsratswahlen teilnehmen, wenn sie denn zufällig in der "Wahlzeit" im Betrieb entliehen sind. Betriebsratswahlen finden alle vier Jahre statt, und ob Leiharbeiter eine so enge Bindung zum Entleihbetrieb haben, ist eher fraglich.

Die relativ kleinen Belegschaften sind oft gespalten in Stammarbeiter, Leiharbeiter, Ost- und West, und selbst die Forderungen sind unterschiedlich. Diese Situation wird sich durch die Hartz- Gesetze noch weiter verschärfen.

Der Druck auf die Stammbelegschaft nimmt zu, und statt solidarisch gegen Leiharbeit und Lohndumping zu kämpfen, zieht zur Zeit jeder seinen Kopf ein, und meint es geht an ihm vorbei.

### **4. Was erwartet uns mit den "Reformen" zur Arbeitslosen- und Sozialhilfe?**

*Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau - Tendenz sinkend*

Der logische Schluss der Hartz - Vorschläge ist die so genannte "Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe", die jetzt als Gesetz beschlossen werden soll. Diese heißt dann "Grundsicherung für Arbeitssuchende". Im Klartext bedeutet dies: Wegfall der Arbeitslosenhilfe als gesetzliche Leistung. Für Menschen ohne Kinder heißt das: 297 € in Berlin + Pauschale für Kleidung und Wohnung und andere Bedarfe (48 €) + wahrscheinlich pauschaliertes Wohngeld. Zu rechnen ist mit höchstens 200 € für durchschnittliche Wohnlage in Berlin. Eventuell wird auch die volle Miethöhe für einen bestimmten Zeitraum übernommen, mit der Aufforderung, danach in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Das erste Beispiel macht dann zusammen 545 € für Kinderlose, Darüber hinaus wird ein Kinderzuschlag von 140 € pro Kind gezahlt, wenn die Eltern Empfängerinnen vom "neuen Arbeitslosengeld II" sind.

Für Menschen, die gerade aus dem gekürzten Bezug von Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe gekommen sind, wird im ersten Jahr zusätzlich ein Zuschlag von 160 € im zweiten Jahr von 80 € gezahlt, um die entsprechende "Rutsche" abzufedern. Pro Kind kommt noch ein Zuschlag von 60 € für zwei Jahre dazu. Für die Langzeitarbeitslosen gibt es keine Kompensation.

Die gesamte Regelung soll zum 1. Januar 04 zum Gesetz erklärt werden und zum 1. Juli 04 endgültig umgesetzt werden. Es gibt voraussichtlich Übergangsregelungen, zum Beispiel sollen alle, die nach dem 1. Januar Arbeitslosenhilfe beantragen, diese nur noch für höchstens 1/2 Jahr bekommen, spätestens aber nur noch bis zum 31.12.04. Zum 01.01.05 sind dann wirklich alle betroffen. Insgesamt orientieren sich viele Regelungen an der jetzigen

Sozialhilfe. Zusätzlich werden diese Personen dann noch durch die so genannte Gesundheitsreform geschröpft.

Damit ist auch ein endgültiger Abbau sämtlichen Qualifikationsschutzes und ein weiterer Zwang - insbesondere für Jugendliche - verbunden, jede Arbeit anzunehmen, egal an welchem Ort, zu welchen Bedingungen und selbst, wenn der Arbeitslose diese Arbeit mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann.

Somit können diejenigen, die aus der Arbeitslosenhilfe herausfallen, nicht mehr Sozialhilfe beantragen, denn die bekommen sie ja schon. Also bekommen sie drei Monate lang eine Senkung von der Leistung um 30% und Lebensmittelgutscheine, eine Behandlung, die sich ja schon bei Flüchtlingen und Asylbewerbern "bewährt" hat.

Als nächstes schließt sich dann die Kürzung des Sozialgeldes an. Es soll sich wieder lohnen, zu Niedriglöhnen zu arbeiten. Dafür müssen natürlich erst Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, durch die Einführung des neuen ALGII, gesenkt werden.

Gegen alle diese Pläne müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren!!!

## **Sozialabbau:**

- **Zahnersatz** wird ab 2005 aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen, eine Zusatzversicherung ist Pflicht.
- **Krankengeld** Die Finanzierung trägt allein der/die Beschäftigte
- **zusätzliche Zuzahlungen in Höhe von bis zu 10 €** für jede Leistung
- **Anhebung des Rentenalters auf 67**
- **Kürzung des Arbeitslosengelds** von 32 Monaten auf 18 Monate
- **Abschaffung der Altersrente für Schwerbehinderte**
- **Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen** für niedrig bezahlte Arbeit und von nicht arbeits- und sozialrechtlich gesicherten „Arbeitsgelegenheiten“
- **Arbeitslosengeld 2** wird auf Sozialhilfeniveau abgesenkt
- **Ausgrenzung von Leistungen insbesondere für Frauen** durch „Neudefinition“ des Begriffs „arbeitslos“

## **Eingriffe ins Arbeitsrecht**

- **willkürliche** Entlassungen werden durch Änderung der Kleinbetriebsklausel auch in größeren Betrieben ermöglicht
- **Wegfall der Berücksichtigung der individuelle sozialen Situation** bei der Sozialauswahl durch die Begrenzung der Kriterien.
- **Unterlaufen der Tarifverträge** durch sogenannte betriebliche Bündnisse für Arbeit durch die Forderung und Androhung von gesetzlichen Änderungen

## 5. Arbeitszeitverkürzung

*Fair-teilen - das heißt auch Arbeit und mehr Lebensqualität für alle*

Wir unterstützen als Anti-Hartz-Bündnis die Forderungen der IG-Metall nach einer generellen Einführung der 35-h- Arbeitswoche, gehen jedoch davon aus, dass die Einführung der 30-h- Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich bereits heute nicht nur sinnvoll, sondern auch möglich wäre. Um dieses Ziel zu erreichen ist es jedoch erforderlich, einen drastischen Abbau der Oberstunden zu erreichen und einer weiteren Ausweitung der Wochenend- und Feiertagsarbeit effektiv entgegenzuwirken. So fordern wir eine neue gesetzlich verbindliche Festlegung der Obergrenze von Überstunden und unterstützen die gewerkschaftliche Forderung nach einem belastungsnahen Ausgleich dieser. Perspektivisch sind Überstunden gesetzlich zu verbieten.

In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die durch die Hartz- Gesetzgebung verstärkt durchgeführte Umwandlung von Normalarbeitsplätzen in Leiharbeitsplätze ab. Denn durch diese Maßnahmen werden nicht nur Lohndumping gefördert und Arbeitnehmerrechte beschnitten, sondern gleichfalls die Wochenend- und Feiertagsarbeit zur Regelarbeitszeit erklärt.

Ein gewichtiges Argument für die Einführung der 35-h-Woche und perspektivisch der weiteren Absenkung auf 30 Wochenstunden ist für uns die Tatsache, dass die Arbeitsintensität vor allem in den letzten 20 Jahren drastisch gestiegen ist, die Reallöhne hingegen stagnierten, bzw. in den letzten Jahren sogar ein Realeinkommensverlust zu verzeichnen ist. Zudem sind auf Grund der stark angestiegenen Arbeitsintensität längere Erholungsphasen erforderlich. Gleichfalls brauchen gerade die abhängig Beschäftigten mehr freie Zeit, um sich der Familie und der Kindererziehung zu widmen, sowie um sich gesellschaftlich zu engagieren.

# Gegen Schröders Agenda 2010!

Die Forderung nach Senkung der Wochenarbeitszeit zielt auch darauf ab, die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. Diese Umverteilung kann und muss bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich stattfinden. Eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit führt nur dann zur effektiven Reduzierung der geleisteten Arbeitszeit, wenn diese bei gleichzeitigen Neueinstellungen durchgesetzt wird. Anderenfalls würde die Senkung der Wochenarbeitszeit nicht nur zum Anstieg der geleisteten Überstunden, sondern auch zu einer weiteren Verdichtung der Arbeitsintensität und, somit zur krankheitsfördernden Erhöhung des Arbeitsstresses führen.

In diesem Zusammenhang stellen wir nicht nur die Forderung nach einer drastischen Senkung der Wochenarbeitszeit, sondern auch der Lebensarbeitszeit.

Wir stellen diese Forderung bewusst entgegen der EU- Richtlinie, die sich in Frankreich und Italien bereits in Gesetzen zur Erhöhung des Rentenalters manifestiert und in Deutschland in der Forderung u.a. vom BDI nach einer Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre seinen Ausdruck findet. Wir fordern stattdessen die Wiedereinführung und konsequente Umsetzung der Vorruhestandsregelung, mit dem Ziel jugendlichen Arbeitslosen verstärkt qualifizierte Arbeitsplätze und damit eine Perspektive anzubieten.

## „Wer von der Armut spricht, darf vom Reichtum nicht schweigen.“

**Geldvermögen** in Euro (Zinsbringendes Vermögen der Deutschen, ohne Versicherungen und Pensionsrückstellungen)

Bankeinlagen	1262 Mrd.
Rentenpapiere	358 Mrd.
Aktien	337 Mrd.
Investmentzertifikate	433 Mrd.
Sonstige Beteiligungen	138 Mrd.
Ausland Legal	1030 Mrd.
Schwarzgeld	400 Mrd.
<b>Vermögen insgesamt</b>	<b>3958 Mrd.</b>
<b>Zinsen</b>	<b>158 Mrd.</b>
<b>geschätzte nicht angegebene Zinsen</b>	<b>133 Mrd.</b>

Spiegel 43/2002

### 6. Arbeitsmarktpolitische Aspekte der Hartz- Gesetze

*Arbeit ist genügend da - aber keiner will sie bezahlen !*

Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass mehr als die Hälfte, der für Arbeit verwendeten Zeit nicht bezahlt wird, da es sich hierbei nicht um Erwerbsarbeit handelt. Hierzu zählen u.a. sowohl die Erziehungs- und Pflegearbeit, wie auch gesellschaftliches Engagement z.B. für soziale oder kulturelle Zwecke.

Solcherart von Arbeit, die gesellschaftlich zwar notwendig, jedoch finanziell nicht honoriert wird, leisten oftmals Erwerbslose, die vermeintlich als arbeitslos bezeichnet werden.

Gerade die Frage, welche Art von Arbeitsplätzen geschaffen werden soll, spielt bei den Vorschlägen von Regierung und Opposition überhaupt keine Rolle. Dabei ist doch wohl unstrittig dass die finanzielle Honorierung solcher nichtbezahlten Arbeit der Schaffung oder dem Erhalt von Arbeitsplätzen wie z.B. in der Suchtmittel- oder Werbermittelproduktion bzw. -vertrieb vorzuziehen ist.

In diesem Zusammenhang muss auch die Frage nach der Verantwortung für die Arbeitsprodukte diskutiert werden. Mit der Neuregelung der Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitsaufnahme wurden die Rechte der Arbeitslosen weiter eingeschränkt, so dass er/sie faktisch jede ihm/ihr angebotene Arbeit annehmen muss.

Wir sind hingegen der Ansicht, dass wir eher eine Erweiterung der Rechte der Arbeitslosen brauchen (Art. 12 GG - die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist garantiert) Um ähnlich wie bei der Kriegsdienstverweigerung, in begründeten Fällen angebotene Arbeiten aus Gewissensgründen ablehnen zu können, ohne dass dies mit der Kürzung oder Streichung des Arbeitslosengeldes bestraft wird.



### *Sozialleistungen 2010?*

**Das Anti-Hartz-Bündnis hat bereits mehrfach folgende Forderungen erhoben:**

- Erhalt der Arbeitslosenhilfe !
- Beibehaltung der paritätischen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller!
- Übergang zur 30h - Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich !
- Wir brauchen Sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Jobs !
- Einführung einer existenzsichernden sozialen Grundsicherung für jede/n!
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer

**Gewerkschaften raus aus dem Boot! Solidarität statt Standortlogik !**



**Fordert mit uns einen rigorosen Stopp der Pläne von Schröder & Co.  
Macht Euch für Alternativen stark- es gibt sie.**

Okt. 2003

Das Berliner Bündnis für soziale Grundrechte tagt 14-tägig: am 26.10.; 09.11.; 23.11.....  
immer im 2. Stock in der Yorckstraße 59, Hinterhaus.  
[Infos unter: [www.anti-hartz.de](http://www.anti-hartz.de) und [www.labournet.de](http://www.labournet.de).  
Unsere E-Mail Adresse lautet: [info@anti-hartz.de](mailto:info@anti-hartz.de).  
Ansprechpartnerinnen: zur Zeit Petra Kirstein und Ralf Rippel.

ViSdP: R. Rippel